

Diskussionspapier

1

2 Drei von vier Sachsen-Anhaltern leben außerhalb der Städte Halle, Magdeburg
3 und Dessau-Roßlau. Um eine diesen drei Städten vergleichbare Bevölkerung zu
4 repräsentieren, müssten über 70 Bürgermeister der nächstgrößeren Städte ihre
5 Interessen koordinieren. Dass Dörfer und Kleinstädte keine wirksame Vertretung
6 in der Landespolitik haben, zeigt sich u.a. an der Zuweisung von Ressourcen (Fi-
7 nanzen, Personal, Kompetenzen usw.), der Zentralisierung von Verwaltungen
8 (z.B. Gerichten, Schulen) oder unzureichender Daseinsvorsorge (Öffentlicher
9 Nahverkehr, Gesundheitsversorgung oder Freizeitangebote).

10 Zentralisierungen fördern oft Abwanderung und reduzieren die Attraktivität klei-
11 nerer Orte und Städte. Damit verschärft der flächendeckende Abbau von Da-
12 seinsvorsorge und Infrastruktur vielerorts den demografischen Wandel „auf dem
13 Land“ und setzt eine sich wechselseitig verschärfende Abwärtsspirale in Gang.

14 Diese Entwicklung besorgt uns, die Mitglieder des Kreisverbands Saalekreis
15 Bündnis 90/ DIE GRÜNEN, sehr. Bevölkerungsverluste insbesondere in den west-
16 lichen und nördlichen Teilen des Kreisgebiets gefährden die Perspektiven von
17 Menschen und ihren Dörfern sowie die wirtschaftliche Entwicklung der Regionen
18 – und dies gilt genauso in anderen Gegenden Sachsen-Anhalts.

19 Folgen dieser Entwicklung zeigen sich vielfältig: Sinkende Immobilien- und Un-
20 ternehmenswerte, fehlende Unternehmensnachfolger und Arbeitskräfte vor allem
21 in Handwerk, Gesundheitsversorgung und Landwirtschaft, weniger Sportvereine
22 und spielfähige Mannschaften, überalterte Dörfer und nicht einsatzfähige Feuer-
23 wehren, sind nur einige Beispiele. Als Folge abnehmender Nachfrage steigen die
24 Preise für z.B. Trink- und Abwasser, aber auch für öffentlichen Nahverkehr.

25 Auf diese Entwicklungen können Kommunalpolitiker immer weniger Einfluss neh-
26 men, und mit reduzierten Gestaltungsmöglichkeiten verliert die Übernahme loka-
27 ler Verantwortung an Attraktivität. Als Folge sinkt die Akzeptanz demokratischer
28 Prozesse unseres Gemeinwesens. Glaubwürdige und gelebte kommunale Selbst-
29 verwaltung muss eine angemessene Gestaltung des Lebensumfelds der Men-
30 schen vor Ort ermöglichen und notwendige Ressourcen bereitstellen. Das Elend
31 des Mangels lediglich zu verwalten, entwertet kommunale Mandate und lässt ent-
32 täuschte Menschen zurück.

33 Keine der bisher vom Land betriebenen Zentralisierungen hat die geplanten Ein-
34 sparungen erreicht. Vielmehr erfolgten sie zu Lasten der Bevölkerung, die län-
35 gere Fahrtwege und -zeiten und höhere Fahrtkosten in Kauf nimmt. Die Siche-
36 rung von Daseinsvorsorge kann auch darum nicht allein nach betriebswirtschaftli-
37 chen Gesichtspunkten erfolgen. Menschen vor Ort sind zu befähigen, lokale Lö-
38 sungen zu finden und umzusetzen. Das erfordert dezentrale und vielfältige An-
39 sätze sowie Ermöglichungsstrukturen.

40 Kommunalfinanzen werden nach Einwohnerzahl zugeteilt. Das bedeutet, dass
41 von Entvölkerung betroffene Kommunen weniger Mittel erhalten und gleichzeitig

42 attraktiver werden sollen. Damit wird Ungleiches gleichbehandelt. Als Folge die-
43 ser Benachteiligung, die einer Vertreibung gleichkommt, wird die Abwanderung
44 junger Menschen in Städte gefördert, die ihnen Lebensperspektiven bieten.

45 Kein anderes Bundesland ist ähnlich von demographischem Wandel betroffen.
46 Ansätze der Landesregierungen zur Bewältigung oder Linderung damit verbunde-
47 ner Probleme waren in der Vergangenheit unzureichend oder ungeeignet – und
48 sind es immer noch. Erfolgreiche Gegenstrategien zu entwickeln, kann Menschen
49 ermutigen, Sachsen-Anhalt ein positives Image verschaffen und Regionalwirt-
50 schaft oder innovative Potenziale (z.B. dezentraler Ver- und Entsorgung, Anwer-
51 bung und Integration von Bevölkerung, Formen der Bürgerbeteiligung) entfalten.
52 Ein Umsteuern muss Stärken ländlicher Räume in den Mittelpunkt stellen, wie
53 z.B. Nicht-Anonymität, Nachbarschaftshilfe, Entschleunigung oder Naturbezug.

54 Wir sind uns bewusst, dass in den nächsten Jahren kein Aufwuchs der Landes-
55 haushalte zu erwarten ist. Gleichzeitig lassen unbewältigte Herausforderungen
56 demografischen Wandels steigende Aufwendungen erwarten. Allein mehr Geld
57 zur Verfügung zu stellen, ist deshalb keine Lösung. Vielmehr sind neue Struktu-
58 ren der Daseinsvorsorge, der Förderung oder Entwicklung mit der Bevölkerung
59 zu diskutieren und umzusetzen. Denn ob die aktuellen Herausforderungen wie
60 der Mobilitäts-, Agrar- und Energiewende im Sinne des Klimaschutzes gelingen,
61 entscheidet sich vor allem in ländlichen Regionen.

62 Indem lediglich Insellösungen einzelner Ministerien zur Linderung angegangen o-
63 der bislang erfolglose Strategien weiterverfolgt werden, entsteht kein erfolgver-
64 sprechender Ansatz und droht die dauerhafte Abkoppelung ländlicher Regionen.

65 Um die demographische Krise des Landes zu lindern, fehlt uns *Wissen*. Dieses
66 Wissen zu erschließen, daraus Schlussfolgerungen zu ziehen, sie gemeinsam mit
67 den Bürgern Sachsen-Anhalts zu einem ganzheitlichen Konzept zu entwickeln
68 und daraus konkretes Handeln abzuleiten, sehen wir als zentrale Aufgabe Grüner
69 Politik an. Wir laden Fachleute und Interessierte herzlich ein, solche Ansätze mit
70 uns zu diskutieren.

71

72 **Beispielhafte Erläuterungen**

73 Mit dem Richtungspapier weisen wir darauf hin, dass wir Veränderungen in den
74 Bereichen

- 75 - der Entwicklung einer öffentlich und in breitem gesellschaftlichem Konsens
- 76 entwickelten und stimmigen Landespolitik,
- 77 - Bürgerdialog und -beteiligung,
- 78 - kommunaler Selbstverwaltung (Kompetenzen, Personal- und Finanzausstat-
- 79 tung usw.),
- 80 - Ausgestaltung und Formen von Infrastruktur und Daseinsvorsorge (z.B. Wie-
- 81 dereröffnung von Schulen, Dezentralisierung von Verwaltungen und Kompe-
- 82 tenzen, andere Formen der Daseinsvorsorge),
- 83 - Strukturiert und stimmig geförderter Einwanderungs- und Bindungspolitik,
- 84 - nachhaltige Förderstrukturen für Kommunen und Ehrenamt sowie
- 85 - Förderung klimaneutraler regionaler Wirtschaftskreisläufe und Deregulierun-
- 86 gen in metropolfernen Regionen

87 für erforderlich halten. Mehr Geld in gesellschaftliche Strukturen zu geben, die
88 bisherige Fehlentwicklungen offenbar nicht nur verhinderten, sondern – zumin-

89 dest in Teilen – verursachten oder beförderten, kann nicht sinnvoll sein. Vielmehr
90 werden damit Verteilungskonflikte verschärft, die keine gesamtgesellschaftliche
91 Verbesserung bewirken. Anhand ausgewählter Beispiele zeigen wir, welche Ver-

92 änderungen aus unserer Sicht diskutiert werden sollten und welche Ministerien
93 wir dafür in der Verantwortung für koordiniertes Handeln sehen.

94 Insbesondere erfordern nach unserem Dafürhalten angemessene Lösungsansätze
95 die Abstimmung zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen
96 Bereichen. Vernetzte, zwischen Ministerien abgestimmte, Lösungen müssen in-

97 terdisziplinär sein, weil sie die Kleinteiligkeit und Vielfalt ländlicher Siedlungs-

98 strukturen besser berücksichtigen. Dabei gibt es nicht „die eine richtige“ Lösung,
99 da eine lokale Verankerung von örtlichen Rahmenbedingungen (z.B. Anzahl und
100 Qualifikation Ehrenamtlicher, Nähe zu Ballungsräumen, kommunale Ressourcen)
101 abhängt und differenziert sein kann.

| Zu diskutierende Aspekte der Veränderung | Beteiligte Ministerien |
|---|--|
| <p>Schmerzlich vermissen wir eine abgestimmte Europa-, Bundes- und Landespolitik in zentralen Politikbereichen, wie Umweltschutz, Infrastruktur-, Landwirtschafts-, Wirtschafts- oder Einwanderungspolitik. Sie ist erforderlich, um anderen Akteuren im Land Orientierung zu geben und ermöglicht darüber zielorientiertes Handeln. Auch „grüne Landespolitik“ ist gefordert sich zu hinterfragen und weiterzuentwickeln.</p> | <p>Staatskanzlei & Ministerium für Kultur Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft & Energie Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung Ministerium für Inneres & Sport</p> |
| <p>Gerade weil sich Veränderungen tiefgreifender und existenzieller vollziehen, sind Interessen der Bevölkerung stärker zu berücksichtigen. Dazu sind nicht nur Kompetenzen wieder in Kommunen zu verlagern, sondern sind auch kommunale Ressourcen zu steigern und neue, umfassende Formen der Bürgerbeteiligung zu erproben. Beispiele in Irland oder Belgien verdeutlichen, wie wichtig es ist, Wissen zu vermitteln, Entscheidungen transparenter zu machen, lokale Erfahrungen aufzunehmen oder Ressourcen der Einwohner zu nutzen. Menschen in den Gemeinden kennen ihre Kompetenzen und Ressourcen vor Ort am besten. Um Lebensgrundlagen ländlicher Räume zu sichern, sind Daseinsfürsorge, gesellschaftliches Engagement und Dezentralisierungen zu kombinieren.</p> | <p>Staatskanzlei & Ministerium für Kultur Ministerium für Inneres & Sport</p> |
| <p>Vor allem in Dörfern und Kleinstädten muss Kommunalpolitikern und dort lebenden Menschen Handeln wieder ermöglicht werden. Dazu braucht kommunale Selbstverwaltung eine angemessene Ausstattung mit Personal, Geld, Verantwortung und Zuständigkeit. Hier existieren Deregulierungsspielräume, indem z.B. finanzschwachen Kommunen die Verbesserung örtlicher Infrastruktur (z.B. Radwegebau, Stromtankstellen, Internetversorgung) durch bürgerschaftliche Eigenleistung zu gestatten ist. Entstehende Materialkosten, angemessene Aufwandsentschädigungen von Ehrenamtlichen (v.a. freiwilligen Feuerwehren, Sport-, Heimat- und Kulturvereinen) und fachliche Unterstützung sind ihnen zu finanzieren.</p> | <p>Ministerium der Finanzen Ministerium für Inneres & Sport Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung Ministerium für Landesentwicklung & Verkehr</p> |
| <p>Das ermöglicht eine Kommunalpolitik die auf Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit, statt auf kurzfristige Projekte ausgerichtet ist. In Landstrichen mit hoher Abwanderung, alternder Bevölkerung, geringen Geburtenraten sowie unterdurchschnittlichen Einkommen und Vermögen, lassen sich durch Projekte nur selten dauerhafte Initiativen anstoßen. Zudem fehlen vielen Kommunalverwaltungen Ressourcen, um nachhaltige Projekte zu entwickeln oder Erfahrungen in der Beantragung von Fördermitteln. Studien-</p> | <p>Staatskanzlei & Ministerium für Kultur (insbesondere über die Vertretung des Landes für Bundes- & Europaangelegenheiten) Ministerium für Inneres & Sport</p> |

Bündnis90/ DIE GRÜNEN, Kreisverband Saalekreis

oder Projektergebnisse sind nur schwer zu erhalten und ihre Übertragung in andere Gemeinden erfordert oft fehlende Mittel.

Im Rahmen einer zu diskutierenden Neuausrichtung der Landespolitik ist daher zu diskutieren, inwieweit das System der zentralen Orte (Unter-, Mittel-, Oberzentren) in einem flächendeckend ländlich strukturierten Bundesland überhaupt sinnvoll ist und wie es weiterentwickelt werden kann.

Dies gilt umso mehr, als Bevölkerungsverluste teils dramatische Dimensionen annehmen und das System zentraler Orte weitere Zentralisierungen begünstigt. Ohne Einwanderung ist keine angemessene Versorgung der Bevölkerung möglich und können Folgen demografischen Wandels nicht gelindert werden. Zahlreiche von Entvölkerung betroffene Kommunen würden gerne Zuwanderer aufnehmen und integrieren. Unzureichende Mittelausstattung, bürokratische Hürden, Befugnisse oder Infrastruktur (z.B. Bildungseinrichtungen, Freizeit- und Kulturangebote vor Ort) erschweren dies oder machen es sogar unmöglich. Dabei ist Zuwanderung, wie Hörschelmann et al. (2019)¹ zeigen, die einzige kurz- und mittelfristige Steuerungsgröße zur Wiederbelebung überalterter Kommunen. Um Migranten für ländliche Regionen zu gewinnen braucht es Bildungseinrichtungen der Berufsbildung sowie der Integrations- und Sprachförderung, die dezentral zu organisieren sind. Kommunen mit stimmigem Zuwanderungskonzepten, regionalen Wirtschaftskreisläufen und aktiven Umweltschutzmaßnahmen sind deshalb stärker zu fördern (finanziell, personell usw.) und zu entschulden als Kommunen ohne derartige Konzepte.

Ressourcen wurden vielfach entzogen und auf übergeordnete Hierarchieebenen verlagert. Begründet wurden Zentralisierungen häufig damit, dass sie die Effizienz öffentlicher Haushalte verbessern würden. Studien des ifo Dresden² zeigen aber, dass dies nicht der Fall ist. Vielmehr fördern Zentralisierungen Populismus, Demokratieverdrossenheit und ein Stadt-Umland-Gefälle. Als Ergebnis dieser Erkenntnis sind künftige und bisherige Veränderungen kommunaler Strukturen (z.B. Gebietsreformen,

Ministerium der Finanzen
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung

Staatskanzlei & Ministerium für Kultur

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung
Ministerium für Inneres & Sport

Ministerium für Inneres & Sport

Ministerium der Finanzen
Ministerium für Arbeit, Soziales & Integration

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung
Ministerium für Bildung

Ministerium der Finanzen

Ministerium für Inneres & Sport
Staatskanzlei & Ministerium für Kultur
Ministerium für Justiz & Gleichstellung
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung

1 Hörschelmann/ Leibert/ Ott/ Rudek/ Wiest (Institut für Länderkunde) 2019: Potentiale gesteuerter Zuwanderung für eine nachhaltige Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt: Abwanderung vermeiden, Rückwanderung stärken, Integration fördern. Abschlussbericht zum Projekt „Zuwanderungspotenziale für eine nachhaltige Landesentwicklung in Sachsen-Anhalt, Leipzig

2 Blesse/ Rösel (ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung) 2017: Gebietsreformen: Hoffnungen, Risiken und Alternativen. ifo-Working Paper No. 234, Januar 2017, Dresden

Bündnis90/ DIE GRÜNEN, Kreisverband Saalekreis

Zentralisierungen, Schulreformen) spätestens fünf Jahre nach ihrer Umsetzung durch externe Fachleute zu evaluieren, die Ergebnisse zu veröffentlichen und öffentlich mit den Betroffenen vor Ort zu diskutieren. Bei Nichterreichung gesetzter Ziele sind diese Änderungen rückgängig zu machen. So ist das Personalentwicklungskonzept von 2011 zu überarbeiten, sind Personalbedarfen an kommunale Arbeits- und Entscheidungsprozesse anzupassen und das Konnexitätsprinzip zwingend einzuhalten.

Schwerpunkte künftiger Kommunalpolitik müssen der Wiederaufbau angemessener und nachhaltiger Infrastruktur und das Schaffen von Gestaltungsspielräumen sein, um abwanderungsbereite Menschen zu halten und Zuzug zu fördern. Dies bedeutet u.a. niedrighschwellige Begegnungsmöglichkeiten und -räume in Dörfern und Kleinstädten zu schaffen sowie dorfbildprägende Gebäude zu erhalten und herzurichten. Sofern Eigentümer dieser Verpflichtung nicht nachkommen, sind vereinfachte Zugriffsrechte zu schaffen und Kommunen in der Umsetzung umfassend zu unterstützen.

Ein wichtiger Bestandteil kommunaler Identität sind Schulen vor Ort. Deshalb sind Schulen in Dörfern und Kleinstädten neu einzurichten bzw. geschlossene Schulen wiederzueröffnen – vor allem in Kombination mit frühkindlichen Betreuungseinrichtungen, Einrichtungen der Erwachsenenbildung, Bibliotheken, Musik- und Theaterangeboten. Damit entstehen integrierte Bildungszentren, die Begegnungs- und Austauschräume einer Gemeinde sind und sie für Familien attraktiv machen. Insbesondere in kleinen Schulen sind dazu verstärkt Optionen jahrgangsübergreifenden Unterrichts auch jenseits der Klassenstufen 1 und 2 zu schaffen.

Angesichts des bestehenden Mangels an Lehrkräften sind andere Formen der Gewinnung und Bindung von Pädagogen, der Unterrichtsabsicherung oder -inhalte zu diskutieren. So kann die Kooperation von Schulen z.B. mit lokalen Sportvereinen, Feuerwehren, Musikschulen, Handwerkern, Künstlern oder/und die Einrichtung von „Werkstätten“, Arbeitsgemeinschaften o.a. Lücken füllen und sie vielseitiger und attraktiver machen. Darüber hinaus sind Schulfächer „neu zu denken“. In Brandenburg wird überlegt, ob Natur- bzw. Gesellschaftswissenschaften aus verschiedenen Fächern zusammengeführt werden können. Ob solche Überlegungen ohne Qualitätseinbußen möglich sind und erforderliche Voraussetzungen (z.B. sachliche, fachliche oder räumliche Ausstattung) bestehen, ist zu diskutieren.

Berechtigt wird in diesem Zusammenhang auf den – allerdings selbst verschuldeten – Lehrkräftemangel verwiesen. Begegnet werden kann diesem Mangel durch die Anwerbung von Pädagogen mit im Ausland erworbenen Abschlüssen. Das erfordert aber Maßnahmen (wie z.B. dezentrale Sprachkurse oder Weiterbildungen), die an den Bedürfnissen der Zielgruppe ausgerichtet sind und der nachhaltigen Integration dienen. Insbesondere ist ihnen die Anerkennung ihrer Abschlüsse zu erleichtern und ist ihnen

Staatskanzlei & Ministerium für Kultur
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung

Ministerium für Inneres & Sport
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft & Energie

Ministerium für Bildung

Ministerium für Inneres & Sport
Staatskanzlei & Ministerium für Kultur

Ministerium für Bildung

Ministerium für Inneres & Sport
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung

Ministerium für Bildung

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung
Ministerium für Inneres & Sport

Bündnis90/ DIE GRÜNEN, Kreisverband Saalekreis

dabei aktive Unterstützung zu gewähren. Sie sind wie auch Quer- und Seiteneinsteiger in Schulen oder Bildungszentren besonders für ländliche Regionen anzuwerben. Diesen Gruppen sind verlässliche und auskömmlich finanzierte „Paten“ an die Seite zu stellen (z.B. Pensionäre), die bei der beruflichen Integration unterstützen und angemessen zu entgelten sind. Auch sind den Zielgruppen in Umfang, Struktur und Dauer angemessene Weiterbildungen anzubieten.

Vielfach wird die Bedeutung lokaler Kultur- und Freizeitangebote als Aspekt regionaler Attraktivität unterschätzt³. Darum sind alternative Kulturangebote, wie z.B. Lientheater oder Scheunenkinos, zu fördern. Solche Ansätze sind, sobald sie sich lokal etabliert haben, verlässlich und nicht nur über Projektförderungen zu unterstützen. Sie können den Kern lokaler Zentren darstellen, die generationsübergreifende Bildungsbedarfe absichern. Erfolgreiche Beispiele dafür gibt es in anderen Flächenstaaten (z.B. Finnland, Schweden, Irland). Ein solcher Ansatz bedeutet auch, Kultur, Bildung und Freizeit als Einheit anzuerkennen, um grundlegende und interessante Angebote auf dem Land umzusetzen.

Vielen kommunalen Infrastrukturprojekten, wie der Renovierung von Stadtquartieren oder Dorfkernen fehlt Geld. Daher sind neue Möglichkeiten zur Gewinnung von Kapital für kommunale Infrastruktur zu erschließen, die insbesondere auch Ortsbindungen stärken. Dies können z.B. genossenschaftliche Finanzierungen sein, die auch Menschen offenstehen, die staatliche Unterstützungsleistungen beziehen. In dem Fall sind Möglichkeiten von Eigenleistungen zu schaffen und ist dabei entstehendes Vermögen von Anrechnung frei zu stellen.

Im Bereich der Wirtschaftspolitik wollen wir diskutieren, wie eine Förderung von strukturschwachen Regionen in Anbetracht aktueller Herausforderungen aussehen kann. Dazu sind neben einer besseren Finanz- und Personalausstattung der Kommunen auch Ansätze der Dezentralisierungen und/ oder Deregulierungen zu diskutieren. Warum sind Behindertentoiletten erforderlich, wenn vorhandene Toiletten in Größe und Ausstattung Inklusion gewährleisten? Was hindert Überlandbusse auf freier Strecke Passagiere aufzunehmen? Wie lässt sich Nahverkehr durch Zivilgesellschaft regional organisieren? Oder kann auf Ablösezahlungen von Parkplätzen bei neu zu gründenden Unternehmen verzichtet werden?

Staatskanzlei & Ministerium für Kultur

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft & Energie

Ministerium für Bildung

Ministerium für Landesentwicklung & Verkehr

Ministerium für Inneres & Sport

Ministerium für Arbeit, Soziales & Integration

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft & Energie

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung

Ministerium für Inneres & Sport

Ministerium für Landesentwicklung & Verkehr

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft & Energie

3 Ketzmerick 2019: Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung zu regionalen Bleibe- und Abwanderungsfaktoren in Eisleben und Hettstedt. S. 12-34. In: Siegert (Hg.) 2019: ankommen – willkommen. Regionalkonzept zur Verbesserung der Daseinsvorsorge, Aktivierung Ortsansässiger und nachhaltigen Integration von Einwanderern. Handbuch. Forschungsberichte aus dem zsh 19-01, Halle/ S.

Bündnis90/ DIE GRÜNEN, Kreisverband Saalekreis

Weil viele gut qualifizierte Arbeitnehmer, insbesondere Frauen, weggezogen sind, fehlen Arbeitskräfte. Gleichzeitig fällt es vielen Menschen schwer, aus Arbeitslosigkeit in eine Beschäftigung zu wechseln. Oft erfolgen Erstvermittlungen aus Arbeitslosigkeit über soziale Netzwerke und nicht über die Arbeitsverwaltung. Gerade in ländlichen Regionen sind soziale Netze besonders ausgeprägt und gemeinschaftstragend. Wie lassen sich diese Netzwerke für die Arbeits- und Ausbildungsvermittlung sowie die Förderung der Rückwanderung nutzen?

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung

Ministerium für Justiz & Gleichstellung
Ministerium für Bildung

Vor allem durch den beschlossenen Verzicht auf die Braunkohle sind Fragen der Energieversorgung aktueller geworden. Wie können wir Bürgern aktiv an diesem Wandel beteiligen und ihnen z.B. die Möglichkeit geben, Energie zu erzeugen und in das öffentliche Netz einzuspeisen? Mit welchen Ansätzen lassen sich Vereine, Bürgerschaft, Privathaushalte oder Genossenschaften dabei fördern?

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft & Energie

Ministerium für Arbeit, Soziales & Integration

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung

Die sich ändernde Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur des Landes, wirkt auf viele Politikbereiche ein und erfordert ein kritisches Hinterfragen bestehender Verfahren und Strukturen. Dieser Wandel wirkt sich auch auf kommunale Steuereinnahmen aus. Landespolitik ist deshalb aufgefordert z.B. Umsatzsteuerausnahmetatbestände neu zu strukturieren oder die Umsatzsteuerpflicht der Daseinsvorsorge zu überdenken.

Ministerium der Finanzen

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft & Digitalisierung

Mit der Förderung des Braunkohleausstiegs eröffnen sich für einige Landkreise Sachsen-Anhalts Möglichkeiten, Pilotprojekte zu entwickeln. Diese Chance ist zu nutzen, um Strukturänderungen (z.B. der Daseinsvorsorge) zu erproben und, bei Erfolg, anschließend in andere Regionen des Landes zu übertragen. Ein solches Vorgehen erfordert allerdings einen breiten gesellschafts- und parteipolitischen Konsens und einen in zentralen politischen Themen, wie Einwanderung, Infrastruktur, Wirtschafts-, Landwirtschafts- oder Umweltpolitik, stimmigen Ansatz.

Staatskanzlei & Ministerium für Kultur

103

104 Saalekreis, den 15.02.2020